AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

SCHRIFTEN DER GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN DES LANDBAUES E.V.

Gerlach, S., Spiller, A.: Stallbaukonflikte in Nicht-Veredlungsregionen: Empirische Analyse und Folgerungen für effiziente Governancestrukturen. In: Kuhlmann, F., Schmitz, P.M.: Good Governance in der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 42, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (2007), S. 103-112.

Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Bd. 42, 2007: 103-112

STALLBAUKONFLIKTE IN NICHT-VEREDLUNGSREGIONEN: EMPIRISCHE ANALYSE UND FOLGERUNGEN FÜR EFFIZIENTE GOVERNANCESTRUKTUREN

Sabine Gerlach und Achim Spiller[*]

Zusammenfassung

Auf Basis einer empirischen Untersuchung zu einem Stallbaukonflikt kann gezeigt werden, dass entgegen der öffentlichen Diskussion besonders die Einschätzung der persönlichen Beeinträchtigung durch einen Stallneubau zur Ablehnung führt. Tier- und Umweltschutzargumente spielen zwar in der Auseinandersetzung eine prominente Rolle, sind aber - wie eine Regressionsanalyse zeigt - wenig entscheidungsrelevant. Stallbaukonflikte und die Entzerrung der Tierproduktion können nur durch gesetzlich eindeutige Regelungen gelöst werden. Verhandlungen im Rahmen von Netzwerken tragen nicht zur Konfliktlösung bei, da es sich primär um einen Nimby-Konflikt handelt.

Keywords

Stallbaukonflikte, Governance, Nimby, Regressionsanalyse

1 Einleitung

Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, nachhaltige Landwirtbewirtschaftung und Entwicklung ländlicher Räume des BMVEL weist in seinem Gutachten „Zukunft der Nutztierhaltung“ darauf hin, dass eine Entzerrung der regionalen Konzentration der Schweineproduktion aus Sicht des Umweltschutzes und aus tierseuchenhygienischen Gründen sinnvoll ist, aber besonders in viehschwachen Regionen eine Ansiedlung bzw. Ausweitung von Tierbeständen auf Probleme stößt (BMVEL, 2005: 33). Die Akzeptanzprobleme von Stallbauten werden auch in landwirtschaftlichen Praxiszeitungen immer wieder thematisiert (DORSCH, 2004: 14; NEUMANN, 2001: 40). Dabei protestieren Anwohner bei Anlagen mit 480 Mastschweinen (ZAHN, 2003) ebenso wie bei 80.000 Tieren (LÖHR, 2005: 4). Im vorliegenden Beitrag sollen aufgrund theoretischer Vorüberlegungen Gründe für die unzureichende Akzeptanz von Stallbauten vorgestellt werden. Anhand eines empirischen Fallbeispiels werden Einflussfaktoren auf die Bewertung identifiziert. Mithilfe konzeptioneller Überlegungen zu unterschiedlichen Governanceformen sollen die Probleme bei der Durchsetzung von Stallbauten in viehschwachen Regionen vorgestellt und Lösungsvorschläge zur Steuerung von Standortkonflikten erarbeitet werden.

2 Erklärungsansätze für landwirtschaftliche Standortkonflikte

Die zunehmenden Akzeptanzprobleme für landwirtschaftliche Investitionsvorhaben sind auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Eine Ursache liegt in dem ökonomischen Bedeutungsverlust des landwirtschaftlichen Sektors. Während 1950 noch 1.647.000 Betriebe in Deutschland wirtschafteten, sind es 50 Jahre später nur noch 421.000. Zudem ist der Anteil der Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, im gleichen Zeitraum von 23,9 % auf 2,4 % gesunken (BMVEL, verschiedene Jahrgänge). Dieser Bedeutungsverlust spiegelt sich auf lokaler Ebene wider. Inzwischen gibt es Dörfer ohne praktizierende Landwirte, fast immer geraten sie in eine Minderheitenposition. Damit wird Landwirt zu einem „einsamen Beruf“ (STRUFF, 1999: 9). Mit dieser Entwicklung verlieren Landwirte Rückhalt in

[*] Dr. Sabine Gerlach, Prof. Dr. Achim Spiller, Georg-August-Universität Göttingen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, a.spiller@agr.uni-goettingen.de.

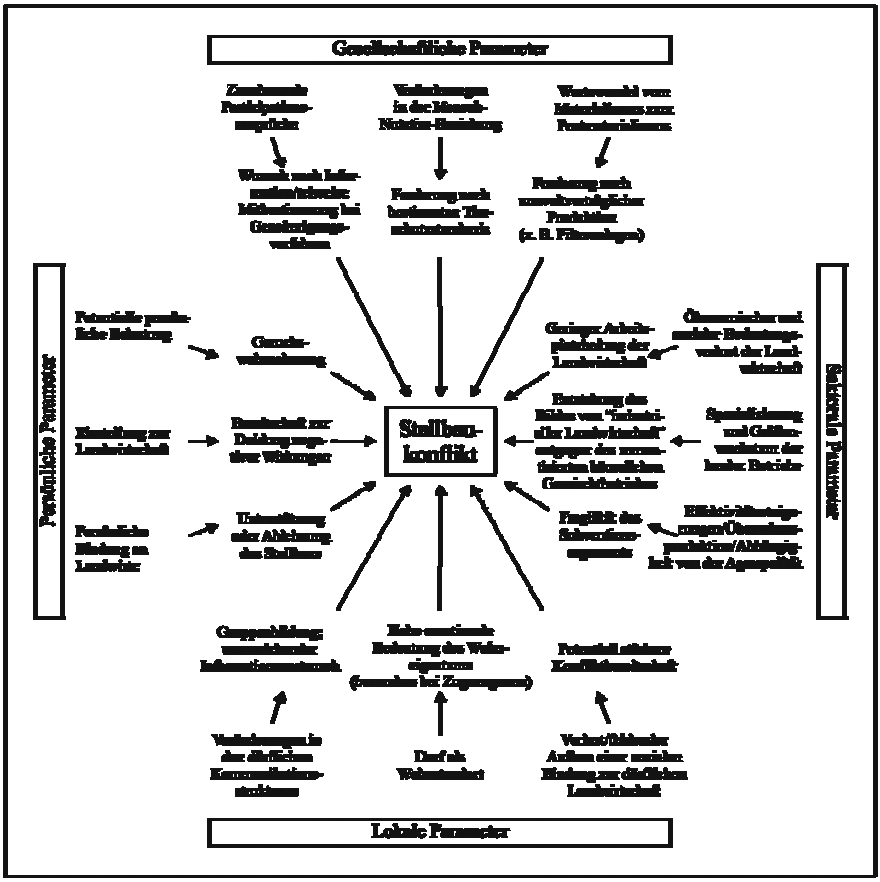
ihren Gemeinden. Nicht nur diese sektoralen Veränderungen, sondern auch soziale Umfeldentwicklungen bedingen Standortkonflikte. Dörfer entwickeln sich immer mehr zu attraktiven Wohnstandorten und erleben einen Zuzug von Ortsfremden. Durch das vergleichsweise günstige Bauland ist das Dorf für viele ein Ort, an dem der „Traum vom Eigenheim" realisierbar ist. Aber auch der Wunsch, näher „an der Natur" zu leben, konnte in empirischen Untersuchungen nachgewiesen werden. Dabei spielt das Motiv der „Ländlichkeit" eine besondere Rolle, Landwirtschaft hingegen ist negativ besetzt (JOHAENTGES, 1996: 23).

Der Zuzug von Dorffremden wirkt sich auch auf die dörflichen Kommunikationsstrukturen aus. Eine Untersuchung über Kommunikationsnetzwerke und -inhalte zeigt zum einen, dass landwirtschaftliche Gegenstände zu Expertenthemen werden und aus der alltäglichen Dorfkommunikation verschwinden (RETTER et al., 2002: 451). Zum anderen verändern sich die dörflichen Kommunikationsstrukturen grundlegend. Bei einem Zuzug von mehr als ca. 15 % der ursprünglichen Dorfbevölkerung kann eine intensive Gruppenbildung angenommen werden, in der der Bezug zum Gesamtdorf verloren geht. Neu entstandene Gruppen koppeln sich von Altgruppen ab bzw. werden nicht integriert (STAHR, 2000: 153).

Neben Veränderungen auf der lokalen Ebene sind es auch gesamtgesellschaftliche Fragestellungen, die einen Einfluss auf die Akzeptanz von Tierproduktion haben. Dazu zählt besonders die Mensch-Nutztier-Beziehung. Zu diesem Themenkomplex gibt es eine ausgedehnte Diskussion. Besonders der Stellenwert von Tieren, die Frage ihrer Würde, Haltungsbedingungen, die Zulässigkeit von Schlachtungen etc. wurden in den letzten Jahren sehr kontrovers diskutiert (siehe u. a. HOERSTER, 2004; BADURA, 1999; SINGER, 1997). Diese generellen Fragestellungen richten sich besonders an die Landwirtschaft. Speziell im Bereich der konventionellen Tierhaltung wird zum Umdenken aufgefordert (SCHNEIDER, 2001: 228ff). Diese zunächst allgemein geführte Diskussion entlädt sich auf lokaler Ebene bei geplanten Stallbauten. Vor allem von Seiten der Natur- und Tierschutzverbände wird die Kritik an der „Massentierhaltung" als Argument gegen Stallbauten angeführt (BUND, 2004: 11). Damit sind bei Standortkonflikten nicht allein der jeweilige Betrieb und die lokalen Auswirkungen (z. B. Geruchsbelästigung) wichtig, sondern die generelle Diskussion nach der Akzeptanz intensiver Tierproduktion wird auf lokaler Ebene in Form von Stellvertreterkonflikten geführt.

Bei der Betrachtung von Standortkonflikten ist damit prima facie eine Vielzahl unterschiedlicher Argumente relevant, die in Abbildung 1 noch einmal im Überblick aufgeführt sind. Neben der Geruchsproblematik von Stallbauten werden Tier- und Umweltschutzargumente angeführt, die generelle Rolle der Landwirtschaft und ihre Subventionierung in Frage gestellt und die Art des Genehmigungsverfahrens kritisiert (ZAHN, 2003; LÖHR, 2005: 3). Befürworter führen die Notwendigkeit der Nahrungsmittelproduktion sowie den Arbeitsplatzbeitrag an. Aber auch persönliche Animositäten spielen eine Rolle. Letztlich sind bei Stallbaukonflikten verschiedene Argumentationsebenen betroffen. Neben der lokalen Ebene werden generelle Fragestellungen diskutiert, deren Lösung nicht auf lokaler Ebene erreicht werden kann.

Abbildung 1: Mögliche Einflussfaktoren auf Stallbaukonflikte



Quelle: Eigene Darstellung

3 Fallbeispiel: Standortkonflikt in einer Nicht-Veredlungsregion

3.1 Studiendesign

Um die tatsächliche Relevanz der verschiedenen potenziellen Ablehnungsfaktoren von Stallbauten zu analysieren, wurde eine quantitative Befragung von Bewohnern des Dorfes Diemarden (Südniedersachsen, Nähe Göttingen), in dem sich ein Konflikt um einen geplanten Mastschweinestall für 660 Tiere zugetragen hat, durchgeführt. Der Stall soll an eine vom Dorfrand etwa 330 m entfernte, nicht vom Dorf aus einsehbare Stelle gebaut werden. Strittig ist neben der Art der Schweinemast vor allem die Standortwahl, da die Bewohner der am nächsten gelegenen Neubausiedlung eine Geruchsbelästigung befürchten. Die Region ist mit 100-249 Schweinen je 100 ha LF veredlungsschwach (FREISINGER und WINDHORST, 2005: 30). Grundlage des Fragebogens waren qualitative Interviews mit Landwirten, dem Leiter der sich gegen dieses Vorhabens gegründeten Bürgerinitiative sowie dem Bürgermeister. Zudem wurden die dargestellten theoretischen Vorüberlegungen und eine Studie von MANN und KÖGL zur Akzeptanz von Schweineställen in Ostdeutschland in das Befragungs-

modell aufgenommen. Insgesamt konnten von etwa 1.400 Einwohnern 153 persönlich durch studentische Interviewer befragt werden, dies entspricht ca. 11 % der Gesamtbevölkerung. Es handelt sich um eine Zufallsstichprobe, da in jeder Straße des Dorfes, also dem Kerndorf und Neubaugebieten zu unterschiedlichen Zeiten alle erreichbaren Probanden befragt wurden. Aufgrund dieses hohen Anteils und der Zusammensetzung der Stichprobe kann die Studie als hinreichend repräsentativ für Diemarden angesehen werden.

3.2 Soziodemografie der Befürworter und Ablehner

Die generelle Einstellung der Probanden zum Stallbau wurde anhand zweier Gesamtbewertungsfragen abgeprüft. Es zeigt sich als Ausdruck der heftigen Auseinandersetzung im Dorf (die u. a. zur Einschaltung des Landtagspeditionsausschusses geführt haben), eine sehr polarisiertes Meinungsbild. Insgesamt stimmten 39 % für und 47 % gegen den Stallbau. Auf Basis der polarisierten Verteilung wurden die Befürworter und Ablehner zur Durchführung eines Mittelwertvergleichs in zwei Gruppen eingeteilt. Die Probanden, die sich unentschlossen zum Stallbau zeigen, wurden dabei nicht berücksichtigt. Die im Dorf geborenen Probanden stimmen eher für den Stallbau (s. Tabelle 2), während ihn die Zugezogenen mehrheitlich ablehnen. Auch die Wohndauer hat einen Einfluss: 78 % aller Personen, die erst in den letzten zehn Jahren zugezogen sind, lehnen den Stall ab, dagegen nur 39 % der Personen, die mehr als 25 Jahre dort leben. Dieser Zusammenhang findet sich auch in anderen Untersuchungen. Landwirtschaft wird von Zugezogenen als eher störend wahrgenommen (JOHAENTGES, 1996). Zudem leben die Zugezogenen verstärkt in der vom Geruch am potenziell stärksten betroffenen Neubausiedlung. In den qualitativen Interviews wurde berichtet, dass die gebürtigen Dorfbewohner in anderen Vereinen aktiv sind als die Zugezogenen. Das bestätigte sich auch in der Anwohnerbefragung: Im Schützen- und Heimatverein, besonders aber bei der Feuerwehr stimmen die Mitglieder überwiegend für den Stallbau. Im Schulförderverein, der von den Zugezogenen gegründet wurde, sind dagegen mehrheitlich Ablehner vertreten. Die Kommunikationsnetzwerke umfassen nicht das ganze Dorf (STAHR, 2002).

Tabelle 2: Charakterisierung der Befürworter und Ablehner

		Befürworte (in %)	Ablehner (in %)	Signifikanz
Wohndauer in Jahren	mehr als 25	61 (N = 42)	39 (N = 27)	0,000
	11-25	33 (N = 9)	67 (N = 18)	
	10 und weniger	22 (N = 7)	78 (N = 25)	
in Diemarden	Geboren	70 (N = 23)	30 (N = 10)	0,000
Verein	Schützenverein	62 (N = 8)	38 (N = 5)	0,220
	Heimatverein	75 (N = 9)	25 (N = 3)	0,310
	Schulförderverein	20 (N = 3)	80 (N = 12)	0,035
	„Natürlich Diemarden“	0 (N = 0)	100 (N = 19)	0,000
	Feuerwehr	93 (N = 13)	7 (N = 1)	0,000
Landwirte im Freundeskreis	Ja	61 (N = 47)	39 (N = 7)	0,000
	Nein	24 (N = 13)	76 (N = 41)	
Geschlecht	Männlich	53 (N = 39)	47 (N = 34)	0,170
	Weiblich	32 (N = 17)	68 (N = 36)	

Quelle: Eigene Berechnung

3.3 Faktorenanalyse zur Dimensionsreduktion

Zur Erklärung, welche Gründe für oder gegen einen Stallbau sprechen, ist eine Vielzahl von Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Um diese Variablenvielfalt zu reduzieren, wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Neben der Komplexitätsreduktion soll sie vor allem zur Aufdeckung unabhängiger Einflussgrößen dienen und beugt somit a priori dem Problem der Multikollinearität in der sich anschließenden Regressionsanalyse vor. Insgesamt konnten 4 Faktoren (mit Eigenwerten > 1) extrahiert werden, die kumuliert eine Gesamtvarianz von 65,96 % erklären. Die hohen Werte für Cronbachs Alpha sprechen für reliable Faktoren. Diese decken sich in etwa mit dem theoretischen Modell und werden folgendermaßen charakterisiert:

- Faktor 1: Einschätzung der persönlichen Belastung durch den Stallbau
- Faktor 2: Stellenwert und Image der Landwirtschaft
- Faktor 3: Wissen über Landwirtschaft (Selbsteinschätzung)
- Faktor 4: **N**ot **I**n **M**y **B**ack**y**ard (Nimby)

Die folgende Tabelle 3 gibt die hinter den jeweiligen Faktoren stehenden Statements und die zugehörigen Faktorladungen wieder:

Tabelle 3: Faktorladungen der einzelnen Statements

Faktor 1: Cronbachs Alpha = 0,936; 28,29 % der Varianz	**Faktorladung**
Durch den Schweinestall würde ganz Diemarden stinken.	0,862
Die Gründung eines Vereins gegen den Schweinestall finde ich übertrieben.	-0,848
„Natürlich Diemarden“ hat dafür gesorgt, dass wir endlich informiert werden.	0,821
Durch den Stall wird die gesundheitliche Belastung stark steigen.	0,755
Die Belastung durch den Schweinestall wird man kaum bemerken.	-0,743
Der Güllegeruch beim Ausbringen wird unerträglich sein.	0,722
Faktor 2: Cronbachs Alpha = 0,753; 18,1 % der Varianz	
Polaritätenprofil: Landwirte sind bescheiden-gierig	0,718
Ohne die Bauern wäre Diemarden nur halb so lebenswert.	0,711
Ohne Landwirtschaft hätten wir in Deutschland noch viel mehr Arbeitslose.	0,696
Polaritätenprofil: Landwirte sind sympathisch-unsympathisch	0,641
Polaritätenprofil: Landwirte sind Landschaftspfleger-Landschaftszerstörer	0,608
Faktor 3: Cronbachs Alpha = 0,81; 13,62 % der Varianz	
Von Landwirtschaft habe ich eigentlich keine Ahnung.	0,926
Ich kenne mich in landwirtschaftlichen Themen aus.	-0,903
Faktor 4: Cronbachs Alpha = 0,620; 9,78 % der Varianz	
Würde der Stall in Diemarden an anderer Stelle stehen, wäre mir das Ganze egal.	0,819
Eigentlich habe ich nichts gegen solch einen Stall, nur sollte er nicht direkt vor unserer Haustür gebaut werden.	0,801

Quelle: Eigene Berechnungen

Auf Basis der Faktorenanalyse wurde im nächsten Schritt ein Regressionsmodel geschätzt (Tabelle 4). Die Abstimmungsfrage (Ratingskala) zum Stallbau wurde als abhängige Variable definiert. Die Schätzung zeigt, dass die vier extrahierten Faktoren sowie die Wohndauer einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung des Stallbaus haben und die Einstellung in hohem Maße (korr. $R^2 = 0,77$) erklären.

Tabelle 4: Lineares Regressionsmodell zur Bewertung des Stallbaus

Einflussfaktoren	Beta	T-Wert	Signifikanz
Konstante		-0,082	0,935
Faktor 1: Einschätzung der persönlichen Belastung	-0,780	-17,052	0,000
Faktor 2: Stellenwert und Image der Landwirtschaft	0,320	6,984	0,000
Faktor 3: Wissen über Landwirtschaft (Selbsteinschätzung)	-0,178	-3,879	0,000
Faktor 4: NIMBY	0,177	3,858	0,000
Wohndauer	-0,145	-2,950	0,004
Abhängige Variable: Abstimmungsfrage zum Stallbau, korr. $R^2 = 0,77$; $F = 77,15$ ($p \leq 0,001$)			

Quelle: Eigene Berechnung

Interessant sind aber nicht nur die aufgezeigten Einflussgrößen, sondern auch, dass die Tierhaltungsproblematik und die Umweltschutzfragen in dieser Befragung keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung haben. Hier scheint es sich doch eher um ein vorgeschobenes Argument von Seiten der Stallbaugegner zu handeln. Für die Mehrzahl der Befragten ist dieses Argument für die Stallbaufrage nicht entscheidend. Aufgrund der massiven Diskussion um die Art der Tierhaltung, die in diesem Beispiel wie auch in anderen Fällen sowie der generellen Auseinandersetzung eine große Rolle spielt, war dieses Ergebnis überraschend. Theoretisch erläutert DYLLICK (1990) die Relevanz von moralischen Positionen. Seiner Meinung nach basiert öffentlicher Druck primär auf ethisch begründeten Forderungen. Diejenigen, denen es gelingt, solche Ansprüche zu verkörpern, verfügen demnach über die „Quelle der Macht“ (DYLLICK, 1990: 22) und haben ein breites Mobilisierungspotenzial. Damit soll nicht behauptet werden, dass Umwelt- und Tierschutz keine ernsthaften Anliegen der Ablehnern darstellen. Die Partei der „Grünen“ erzielt z. B. in dem Dorf Wahlanteile von ca. 30 %. Diese Argumente sind aber nicht entscheidend für die Mobilisierungskraft des örtlichen Widerstands.

4 Steuerungsmechanismen zur räumlichen Verteilung von tierischer Produktion

Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen ist die hier nicht weiter problematisierte Prämisse, dass eine bessere räumliche Verteilung der Tierhaltung aus ökologischen und seuchenpraktischen Gründen anzustreben ist. Es stellt sich dann die Frage, wie die Akzeptanz von Stallbauten in viehschwachen Regionen durch geeignete Steuerungsmechanismen sichergestellt werden kann. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Ablehnungsgründe von Stallbauten typische Nimby-Argumente sind. Wird die persönliche Belastung als hoch eingeschätzt, so wird der Stallbau abgelehnt. Eine Lösung dieses Problems wird in der Literatur für klassische Nimby-Anlagen wie Mülldeponien, Obdachlosenheimen etc. diskutiert. Nimby-Güter sind zwar gesamtgesellschaftlich erwünscht, werden aber von der lokalen Bevölkerung aufgrund persönlicher Beeinträchtigung boykottiert (HORAH et al., 1993). Veröffentlichungen zur Standortwahl von Nimby-Gütern zielen vor allem darauf ab, wohlfahrtsoptimale Standorte durch Kompensationslösungen zu finden (HART und POMMEREHNE, 1994). Solche Ansätze sind für die vorliegende Fragestellung nicht hilfreich, da keine Ausgleichszahlungen vorgesehen sind bzw. aufgrund der notwendigen Höhe der Zahlung ausscheiden. Daher werden im Folgenden verschiedene andere Steuerungsmechanismen und ihr potenzieller Beitrag zur Problemlösung vorgestellt.

4.1 Governance-Typen und potenzielle Problemlösungen

Governance bedeutet Steuern und Koordinieren mit dem Ziel, mit Interdependenzen von Akteuren umzugehen. Dabei beruht die Steuerung auf institutionalisierten Regelsystemen, die das Handeln der Akteure lenken sollen, wobei unterschiedliche Systeme oft in Kombination vorliegen. Nicht nur die Systeme, sondern auch die sich dadurch ergebenen Interaktionsmuster werden erfasst. Diese Prozesse sind meist organisationsübergreifend (BENZ, 2004: 25).

Grundsätzlich können je nach Forschungsblickwinkel und Ansatz verschiede Steuerungsmechanismen unterschieden werden. In der politischen Ökonomie besteht ein weitgehender Konsens über die Typen Markt, Hierarchie, Staat, Verbände und Netzwerke (ZIMMERMANN, 2005: 92). Einen Überblick liefert Tabelle 5. Für die Steuerung von Standortfragen eigenen sich die Mechanismen Hierarchie und Verband aufgrund der beschränkten Mitgliedschaft nicht und werden daher im Folgenden nicht näher betrachtet.

Tabelle 5: Governance-Typen im Überblick

	Markt	Hierarchie	Netzwerk	Verband	Staat
Zentraler Koordinationsmodus	• Preis • Wettbewerb	Kontrolle Anweisung	• Vertrauen • Ressourcenaustausch auf Basis von Reziprozität	Intra- und interorganisatorische Konzertierung	• Hierarchische Kontrolle • Befehl
Normative Basis der Mitgliedschaft	• Verträge • Eigentumsrechte	Arbeitsverhältnis	• Komplementäre Stärken	Formale Mitgliedschaft	• Bürgerstatus
Konfliktregelung	• Abwanderung • Gerichtsverfahren	Anweisung Befehl, auch Anreiz Loyalität	• Diskurs • Verhandlung	Paritätische Beteiligung Paketabstimmung	• Zwang • Staatliches Gewaltmonopol

Quelle: LÜTZ, 2004: 152

Der **Markt** ermöglicht in der neoklassischen Theorie eine effiziente Allokation von Gütern und Dienstleistungen. Akteure mit Eigentumsrechten an bestimmten Ressourcen können sich an einem Austausch beteiligen. Im Preis, dem zentralen Steuerungsmechanismus des Marktes, sind alle tauschrelevanten Informationen enthalten (LÜTZ, 2003: 6). Obwohl COASE (1960) gezeigt hat, dass Märkte auch mit Externalitäten umgehen können, ist eine Lösung der Standortfrage nur schwer vorstellbar. Zum einen ist eine Grundannahme von COASE aufgrund der Existenz von Transaktionskosten für die Lösung des Problems (z. B. Anwälte) verletzt. Zum anderen ist davon auszugehen, dass sowohl bei dem Recht auf Aktivität, als auch beim Recht auf Unversehrtheit unter realen Bedingungen die Kosten der Anwohner bzw. der Nutzen des Betreibers sich stark von der Zahlungsbereitschaft der Anwohner resp. des Betreibers unterscheidet. Anders ausgedrückt: Landwirte müssten hohe Summen aufbringen, um sich die Nutzung „kaufen“ zu können und Anwohner müssten hohe Summen aufbringen, um dem Landwirt das verloren gegangene Einkommen zu kompensieren.

Eine anderer relevanter Steuerungsmechanismus sind **Netzwerke.** Sie zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Mitgliedschaft freiwillig ist und einen langfristigen Charakter hat. Eine wichtige Rolle in Netzwerken spielt dabei Vertrauen, das auch den Handel mit preislich nicht kalkulierbaren Gütern ermöglicht (z. B. Akzeptanz). Oftmals liegt Netzwerken ein gemeinsames Ziel zugrunde und um dies zu erreichen, werden opportunistische Handlungen zurückgestellt. Die typische Interaktionsform von Netzwerken ist die Verhandlung. Konflikte werden so zu lösen versucht, dass Kooperationsgewinne entstehen (KLENK und NULLMEIER, 2004: 35). Die Steuerung des Standortsproblems über Netzwerke ist vorteilhaft, da verschie-

dene, auch nicht marktliche Akteure, in die Entscheidungsfindung einbezogen werden können und damit die Akzeptanz von Stallbauten sichergestellt werden kann.

Der **Staat** ist bei der Koordination der Wirtschaft ein zentrales Element. Hier dominiert die auf Anordnung und Kontrolle ausgerichtete Koordination der Mitglieder. Der Staat stützt sich auf sein legitimes Monopol der physischen Gewaltanwendung und kann die Einhaltung von Vorgaben in letzter Instanz erzwingen. Verglichen mit allen anderen Mechanismen spielt der Staat eine herausragende Rolle. Er stellt Kollektivgüter zur Verfügung, ohne die Märkte, Unternehmen, Netzwerke und Verbände nicht funktionsfähig wären. Mit der Definition von Eigentumsrechten ist die herausragende Bedeutung für Stallbaukonflikte ersichtlich (LÜTZ, 2003: 10).

Bei Stallbauten hat der Staat eine besondere Rolle, die im Folgenden getrennt nach Legislative und Judikative betrachtet werden soll. Mit den Gesetzgebungsorganen werden allgemeingültige Rahmenbedingen für Stallbauten (BImSchG, BauGB und Bauordnungsrecht der Länder) vorgegeben (GRAULICH, 1999: 35). Die Verwaltung entscheidet anhand dieser Vorgaben auf lokaler Ebene. Bei klaren gesetzlichen Regelungen dürften in der Genehmigungspraxis keine Unterschiede vorkommen. Das Baurecht ist allerdings durch eine Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe gekennzeichnet, die Ermessensspielräume für Behörden einräumen. Zudem gibt es erhebliche Unterschiede im Genehmigungsprozess (Zeitdauer, Beratung usf.). Damit kann ein Landwirt zu Beginn eines Bauantrags nur bedingt absehen, ob der von ihm gewählte Standort ohne Probleme akzeptiert wird (GRAULICH, 1999: 50). Durch die unbestimmten Rechtsbegriffe und Auslegungsmöglichkeiten von Abstandsvorgaben etc. entstehen Entscheidungsspielräume, mit denen auf lokale Besonderheiten eingegangen werden kann. Auf der anderen Seite sind diese Ermessensspielräume Ausgangspunkte für Diskussionen bzw. Konflikte, die zur Blockade eines Verfahrens führen und nicht selten vor Gericht enden. Damit ist dann ein anderer staatlicher Akteur, die Gerichtsbarkeit, mit der Lösung des Problems betraut. Letztlich wird dann zwar die formelle Auseinandersetzung beendet, die Effizienz ist allerdings aufgrund der häufig langjährigen Auseinadersetzungen (im Fall Diemarden: 1. Antrag April 2003, Genehmigung August 2006, Klage der Anwohner September 2006) und hohen psychosozialen Kosten (im untersuchten Fall gingen die Streitigkeiten bis in die Schulklassen hinein) sehr skeptisch zu bewerten.

4.2 Steuerungsansätze zur Entschärfung von Standortkonflikten

Auch die Konfliktlösung im Netzwerk durch Verhandlungen und Diskurse (siehe Tabelle 3) die von zahlreichen Autoren präferiert wird (u. a. RENN, 1999: 104), kann aus unserer Sicht nicht zur Einigung beitragen. Von landwirtschaftlichen Investoren werden frühzeitige Informationen, Einbindung der Kritiker, Bargaining-Prozesse, Moderation und Mediation gefordert, um die Akzeptanz ihrer Bauvorhaben zu sichern. Auf Basis der empirischen Ergebnisse und der agrarsoziologischen Forschungsarbeiten zur Dorfentwicklung sind wir hier skeptisch. Ein Blick auf den Steuerungsmechanismus „Netzwerk“ zeigt, warum in Veredlungsregionen Ställe leichter genehmigt werden und sich Gegner von Stallbauten nur schwer durchsetzen können. In Intensivregionen spielen Landwirte und landwirtschaftsnahe Branchen wie Futtermittelindustrie, Stalleinrichter, Schlachthöfe und Dienstleistungsunternehmen eine wichtige Rolle und dominieren lokale Netzwerke. Umgekehrt fällt in viehschwachen Regionen die ökonomische Relevanz von Stallbauten kaum ins Gewicht fällt. Landwirte sind hier deutlich in der Minderzahl und haben vielfach nur noch eine schwache Position im Dorf. Der Netzwerkansatz erklärt sehr plausibel, warum (u. a.) Durchsetzungsunterschiede in Regionen vorhanden sind, eine Entzerrung der Tierproduktion kann mit Hilfe dieses Ansatzes nicht gewährleistet werden. Zwar können über die Suche nach neuen Verbündeten Landwirte zu mehr Macht kommen und somit ihre Situation verbessern, und auch in der Praxis ist zu beobachten, dass nicht jeder geplante Stall in Nichtveredlungsregionen eine Bürgerinitiative nach sich zieht. Aber nicht nur der langwierige Aufbau von Macht, bei zunehmender sozialer Vereinze-

lung und die hohen Transaktionskosten, sprechen gegen diese Lösung. Ein weiterer Grund ist, dass Landwirte sich nur mit relativ geringen Gegenleistungen (z. B. Baulandverkauf, Arbeiten mit dem Schlepper) revanchieren können.

Wie anhand der theoretischen Überlegungen deutlich wurde, spielen in der öffentlichen Diskussion eine Vielzahl von Argumenten und Motiven eine Rolle. Die empirische Studie zeigt dagegen, dass vor allem „egoistische" Motive und nicht Tier- und Umweltschutzargumente wichtig sind. Aufgrund der moralisch begründeten Diskussionsstandpunkte (Tier- und Umweltschutz) werden von Stallbaugegnern Elemente eingefordert, die auf lokaler Ebene nicht zu verhandeln sind, sondern die übergreifende Politikebenen betreffen. Zudem verschleiern sie das wichtigste Motiv: die persönliche Belästigung. Würde nur dieses Argument Verhandlungsgegenstand sein, wäre eine Problemlösung theoretisch denkbar. Es ist aber davon auszugehen, dass Stallbaugegner ihre Präferenzen nicht vollständig offen legen. Theoretische Überlegungen kommen dann zum Schluss, dass die Verhandlungslösung von der wohlfahrtsmaximierenden Lösung abweicht (HOLZINGER, 1998: 26). Letztlich sprechen die in Tabelle 6 aufgeführten Punkte gegen eine Verhandlungslösung außerhalb der Veredelungsregion.

Tabelle 6: Argumente gegen Verhandlungslösungen auf lokaler Ebene

- Minderheitenposition in Nichtveredlungsregionen
- Überlagerung der eigentlichen Konfliktursache durch moralische Konflikte
- Geringe Schulung der Landwirte
- Fehlende Unterstützung durch ein Netzwerk aus vor- und nachgelagerter Industrie

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Um die Durchsetzung von Stallbauten in Nichtveredlungsregionen zu gewährleisten ist daher eine stärkere staatliche Regulierung nötig. Mit Hilfe klarer gesetzlicher Regelungen wäre es für Landwirte und Bürgerinitiativen zu Beginn eines Verfahrens abzusehen, ob der Bauantrag genehmigt wird. Damit werden Auseinandersetzungen entschärft, weil Konflikte sich ansonsten zu Beginn eines Verfahrens hochschaukeln können. Partizipative Ansätze, die in Form von runden Tischen etc. durch Verhandlungen zur Problemlösung beitragen sollen, sind aus Sicht der Autoren zumindest auf lokaler Ebene nicht hilfreich. Auf übergeordneter Ebene, bei Gesetzgebungsverfahren, ist allerdings die Einbeziehung von Tier- und Umweltschutzverbänden gemeinsam mit Vertretern des Berufstandes sinnvoll. Wie empirische und theoretische Untersuchungen zeigen, können besonders bei Umweltgütern über Verhandlungen wohlfahrtsoptimale Lösungen erreicht werden (HOLZINGER, 1998: 31).

5 Fazit

Um die Standortkonflikte bei Stallbauten zu entschärfen, sind eindeutige rechtliche Bestimmungen nötig. Eine Konfliktreglung durch Verhandlung ist auf lokaler Ebene aufgrund der in der Diskussion vorgebrachten generellen Probleme und der schwachen Machtposition von Landwirten in lokalen Netzwerken in Nicht-Veredlungsregionen kaum Erfolg versprechend. Damit werden nicht grundsätzlich Partizipationsmethoden und –ansprüche abgelehnt, vielmehr wird dafür plädiert, dass diese Aushandlungsprozesse auf den Ebenen geführt werden, die diese Auseinandersetzungen lösen können. Wenn die Mehrheit der Bürger sich gegen bestimmte Tierhaltungsformen (Spaltenböden/Käfighennen) ausspricht, höhere Ansprüche an technische Möglichkeiten der Abluftreinigung stellt etc., dann müssen diese Präferenzen auf Bundes- und EU-Ebene in Politikprozesse einfließen. Die bisherigen, durch Stellvertreterkonflikte aufgeladenen Nimby-Auseinandersetzungen sind gesellschaftlich ineffizient.

Literatur

BADURA, J. (1999): Moral für Mensch und Tier. Tierschutzethik im Kontext. München.

BENZ, A. (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, A. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: 11-28.

BMVEL (2005): Zukunft der Nutztierhaltung: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik, nachhaltige Landbewirtschaftung und Entwicklung ländlicher Räume beim BMVEL. Berlin.

BMVEL (1950-2000): Agrarbericht der Bundesregierung. Bonn.

BUND (2004): Gegen die Errichtung von Massentierhaltungsanlagen. Köln.

COASE, R.H. (1960): The Problem of Social Costs. In: Journal of Law and Economics 3: 1-44.

DORSCH, K. (2004): Flugblatt-Hetze gegen Schweinemäster. In: top agrar 32 (6): 14-15.

DYLLICK, T. (1990): Management der Umweltbeziehungen: Öffentliche Auseinandersetzungen als Herausforderung. Wiesbaden.

FREISINGER, U. und H.-W. WINDHORST (2005): Sektorale und regionale Strukturen der Nutztierhaltung in Niedersachsen. Vechta.

GRAULICH, V. (1999): Immissionsschutzrechtliche Konflikte zwischen Landwirtschaft und Wohnbebauung. Baden-Baden.

HART, A. und W. POMMEREHNE (1994): Zur Standortwahl von NIMBY-Gütern. Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft, Universität des Saarlandes 9403. Saarbrücken.

HOERSTER, D. (2004): Haben Tiere eine Würde? München.

HORAH, J. L. (1993): NIMBYs and LULUs. Knoxville.

HOLZINGER, K. (1998): Die Leistungsfähigkeit umweltpolitischer Kooperationslösungen. In: Bartmann, H. und K.D. John (Hrsg.): Kooperative Umweltpolitik: Beiträge zum 8. Mainzer Umweltsymposium, Mainz: 39-73.

JOHAENTGES, A. (1996): Das Dorf als Wohnstandort – Eine Analyse von Wanderungsbewegungen in ländliche Räume. Bonn.

KLENK, T. und F. NULLMEIER (2004): Public Governance als Reformstrategie. Düsseldorf.

LÜTZ, S. (2003): Governance in der politischen Ökonomie. MPIfG Discussion Paper 03/05. Köln.

LÖHR, S. (2005): Der Schweine Alarm. In: taz 7794. 15. Oktober 2005: 4.

MANN, S. und H. KÖGL (2003): On the acceptance of animal production in rural communities. In: Land Use Policy 20: 243-252.

NEUMANN, H. (2001): Eine Region mit dem Rücken an der Wand. In: top agrar 29 (8): 40-43.

RENN, O. (1999): Kooperativer Diskurs – Kommunikation und Konfliktschlichtung in der Umweltpolitik. In: Bartmann, H. und K.D. John (Hrsg.): Kooperative Umweltpolitik. Aachen.

RETTER, C., K. STAHR und H. BOLAND (2002): Zur Rolle von Landwirten in dörflichen Kommunikationsnetzwerken. In: Berichte über Landwirtschaft 80: 446-467.

SCHNEIDER, M. (2001): Über die Würde des Tieres. Zur Ethik der Mensch-Tier-Beziehung. In: Schneider, M. (Hrsg.): Den Tieren gerecht werden. Zur Ethik und Kultur der Mensch-Tier-Beziehung. Kassel: 228-238.

SINGER, P. (1997): Alle Tiere sind gleich. In: KREBS, A. (Hrsg.): Naturethik. Frankfurt/Main: 13-32.

STAHR, K. (2000): Dörfliche Kommunikationsnetzwerke. Gießen.

STRUFF, R. (1999): Regionale Lebensverhältnisse, Teil 2: Sozialwissenschaftliche Dorf- und Gemeindestudien in Deutschland. Bonn.

ZAHN, M. (2003): Schweinerei lässt Bürgern keine Ruhe. In: General-Anzeiger, 15. Mai 2003.

ZIMMERMANN, K. (2005): Soziale Stadt und Local Governance. Hannover.